**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates, Warngau**

Sitzungstermin: Dienstag, den 15.07.2025
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 20:45 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberwarngau, Sitzungssaal

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Anwesend sind:

Vorsitzender:

Herr Klaus Thurnhuber FWG

Gemeinderatsmitglieder:

Frau Andrea Anderssohn GRÜNE

Herr Anton Bader FWG

Herr Engelfried Beilhack CSU

Herr Reinhard Bücher GRÜNE

Frau Barbara Deflorin CSU

Herr Dr. Henning Fromm CSU

Herr Johann Gillhuber DXL

Herr Josef Gschwendtner FWG

Frau Katrin Knabl FWG

Herr Leonhard Obermüller CSU
(anwesend ab 19:05 Uhr)

Herr Florian Rank FWG

Herr Adolf Schwarzer CSU

Herr Dr.-Ing. Michael Spannring GRÜNE

Entschuldigt fehlen:

Gemeinderatsmitglieder:

Herr Hubert Deflorin BP

Herr Harald Stanke FWG

Herr Max Bauer FWG

Beschlussfähigkeit im Sinne von Art. 47 Abs. 2 GO war gegeben

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung am 17.06.2025
2. Bekanntgabe von nichtöffentlich gefassten Beschlüssen
3. Vorstellung des neuen kommunalen Mitfinanzierungsmodells durch die vhs Oberland e.V.
4. Bericht zur aktuellen Situation in der Asylunterkunft bei der VIVO
5. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 36 „Solarpark Warngau“ und 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Warngau; Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB; Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 2025/0453
6. 23. Änderung des Flächennutzungsplans Warngau im Bereich „Am Bergfeld“, Fl.Nr. 177 Tfl. Gmkg. Warngau; Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB – Feststellungsbeschluss
Vorlage: 2025/0451
7. Tempo-30-Zone in der Riedstraße - Antrag zur Bürgerversammlung vom 14.11.2024 - Information
8. Informationen und Anfragen

Erster Bürgermeister, Klaus Thurnhuber, eröffnete die öffentliche Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßte die erschienenen Gemeinderatsmitglieder, die Zuhörer sowie die Presse.

Zu TOP 3 waren Frau Weese und Herr Schmid von der vhs Oberland anwesend.

Zu TOP 4 waren zwei Mitarbeiter der Firma Gratus sowie Frau Dr. Schneider vom Helferkreis anwesend.

Ansonsten wurden gegen die Tagesordnung keine Einwände erhoben.

Top 1 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung am 17.06.2025

Zweiter Bürgermeister Obermüller hat an dieser Abstimmung nicht teilgenommen, weil er zu diesem Zeitpunkt noch nicht an der Sitzung teilnahm.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 17.06.2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13
Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Persönlich beteiligt:

Top 2 Bekanntgabe von nichtöffentlich gefassten Beschlüssen

Der Vorsitzende informierte gemäß Art. 52 Abs. 3 GO über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse, zu welchen die Geheimhaltungsgründung weggefallen sind:

1. Die Gemeinde Warngau beteiligt sich an der Firma „Energie Miesbacher Land GmbH“ mit 30.000 EUR an der Gesellschaft. Dies entspricht nach aktuellem Planungsstand 1,5 % der Geschäftsanteile. Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung, Speicherung, Verteilung sowie der Ein- und Verkauf insbesondere erneuerbarer Energie.
2. Die Gemeinde hat in Bezug auf das Straßenbauprogramm 2025 den Auftrag zur Sanierung nachfolgender Straßen erteilt:
 - Wall, Hummelsberger Straße auf Höhe Schul- und Breitensportanlage,
 - Wall, Loherweg,
 - Wall, Rainerweg Einmündung zur Stichstraße „Am Quirinfeld“,
 - Wall, Rainerweg zw. Zufahrt „Ableitner“ und Hofstelle „Rainer“,
 - Wall, Auffahrt vom Rainerweg zum „Kirchbichl“,
 - nach Aming, ab der Kreisstraße,
 - Bernloh/Bürgthal Steigungsstrecke nach Bürg,
 - Warngau, „Bajuwarenweg“ zum Kaiserbichl,
 - Warngau zw. „Heckenweg“ bei Haus -Nr. 12 und „Am Rehwinkel“,

Der Gesamtauftrag wurde an den Bestbieter, die Firma Swietelsky Ebersberg zum geprüften Bruttopreis von 558.330,41 EUR vergeben. Die Kostenschätzung ergab eine Summe von 545.000 EUR.

Top 3 Vorstellung des neuen kommunalen Mitfinanzierungsmodells durch die vhs Oberland e.V.

Die Vorstellung zur vhs Oberland e.V. wurde anhand der Präsentation (Anlage) durch Frau Weese und Herrn Schmid vorgestellt. Im Anschluss wurden Fragen durch das Gremium gestellt, die durch die Vortragenden sofort beantwortet wurde.

Top 4 Bericht zur aktuellen Situation in der Asylunterkunft bei der VIVO

Der Bericht wurde durch zwei Mitarbeiter der Firma Gratus sowie durch Frau Dr. Schneider vom Helferkreis vorgetragen. Im Anschluss fand eine kurze Diskussion zwischen dem Gremium und den Vortragenden statt.

Ebenfalls wurden die Fragen von GRM Gillhuber einzeln erläutert:

- Stimmt es, dass alkoholisierte Asylbewerber nicht mehr in die Unterkunft dürfen?
- Momentan sind mehr Kinder und Schwangere in der Unterkunft. Wie werden diese Kinder künftig betreut?
Werden diese in den Warngauer Kindergarten untergebracht?
- Wurden Beschwerden von den Hoki Busfahrern gemeldet? Wird die Unterkunft vom Hoki noch angefahren?
- Überquerung der Bundesstraße in Lochham beim Scheuck
Die Asylbewerber überqueren immer wieder gefährlich die Bundesstraße über die Leitblanke. Gibt es hierzu Lösungen oder Maßnahmen?

Als sehr problematisch wurden die hohen Kosten bei einer Hoki-Nutzung gesehen. Der Vorsitzenden sicherte eine Prüfung mit dem LRA Miesbach sowie der Regierung von Oberbayern zu. Vereinbart war, dass keine Kosten auf die Gemeinde zukommen. Das Gremium bat den Vorsitzenden dies nochmals zu diskutieren und evtl. auch an höherer Stelle (Regierung) anzubringen.

Top 5	Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 36 „Solarpark Warngau“ und 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Warngau; Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB; Billigungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: 2025/0453
--------------	---

Sachverhalt:

Auf den Billigungsbeschluss des Gemeinderates vom 11.02.2025 (TOP 3) wird verwiesen.

Die Öffentlichkeit wurde mit Bekanntmachung vom 12.03.2025 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB frühzeitig auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Planunterlagen sowie die Abgabe von Stellungnahmen in der Zeit vom 13.03.2025 bis einschließlich 14.04.2025 hingewiesen.

Die Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB in der Zeit vom 13.03.2025 bis einschließlich 14.04.2025 frühzeitig am Verfahren beteiligt.

1. Abwägung

A) Internetveröffentlichung und öffentliche Auslegung

In der Öffentlichkeit fand das Verfahren geringes Interesse. Stellungnahmen über die im Rahmen der Abwägung zu beraten und zu entscheiden wäre, sind folgende eingegangen.

Einwender A (Stellungnahme vom 19.02.2025)

Im Zuge der Planung für die vorgesehene Solarparkanlage Einhaus stellen sich für uns als direkte Anwohner in unmittelbarer Nähe der jetzigen Verteilerstation an der Kreisstraße MB 10 folgende Fragen :

betr.: Flur Nr. 521 Gemarkung Wall

Top 1

Wo wird der erzeugte Strom in das Netz eingespeist?

Top2

Mit welcher Belastung ist durch den erhöhten Strom am jetzigen Verteilerkasten in unserer unmittelbaren Nähe zu rechnen?

Insbesondere in Bezug auf Lärm- und z.B magnetische Strahlenbelastung in gesundheitlicher Auswirkung.

Top 3

Bleibt der jetzige Verteilerkasten in der Größe wie er jetzt ist, bestehen?

Top 4

Werden die Werte der anliegenden Immobilien an der MB10 in irgendeiner Form durch die neue veränderte Stromverteilung beeinträchtigt?

Wir bitten um ein verbindliche schriftliche Beantwortung dieser Fragen. Vielen Dank.

Stellungnahme der Verwaltung:

zu Top 1:

Die Anlage wird an das Leitungsnetz der Bayernwerk Netz GmbH angebunden. Der geplante Verknüpfungspunkt 20kV-Kabel HKI-Weyarn, Warngau befindet sich in einer Entfernung von Luftlinie ca. 550 m im Bereich der Kreisstraße MB10 im Ortsbereich von Einhaus.

Der erzeugte Strom wird voraussichtlich auf der FI.Nr. 521 Gmkg. Warngau in das 20kV-Verteilernetz des Bayernwerks eingespeist. Dieser Netzverknüpfungspunkt wurde vom Bayernwerk als zuständiger Netzbetreiber im Rahmen des gewöhnlichen Anfrageprozesses festgelegt. Auf die Auswahl und Festlegung des Bayernwerks hat der Anlagenbetreiber keinen Einfluss.

Die Zuwegung und Flächen für die elektrische Verbindungsleitung befinden sich im Privateigentum. Anhand eines Gestattungsvertrags werden befristete Geh- und Fahrtrechte eingeräumt, die bei Bedarf verlängert werden können.

zu Top 2:

Der durch die Anlage erzeugte und einzuspeisende Strom wird mittels eines im Erdreich verlegten Kabels zum Netzanschlusspunkt geführt. Die Verlegung der Kabel und der Anschluss an das Verteilernetz werden nach gültigen deutschen und europäischen Normen vorgenommen. Dabei

wird sichergestellt, dass die Grenzwerte hinsichtlich der magnetischen Feldstärke nach den gültigen Verordnungen eingehalten werden.

Der Strom wird am Netzeinspeisepunkt in das örtliche Verteilernetz eingespeist. Eine zusätzliche Lärmbelastung ist nicht zu erwarten.

Weitere Belastungen durch die Stromeinspeisung können ebenso ausgeschlossen werden.

zu Top 3:

Der Netzverknüpfungspunkt wurde dem Vorhabenträger vom Bayernwerk mitgeteilt. Aus den zum aktuellen Zeitpunkt zur Verfügung gestellten Unterlagen können noch keine konkreten Informationen zur technischen Umsetzung abgeleitet werden. Die Details zur Umsetzung werden im weiteren Projektverlauf mit dem zuständigen Netzbetreiber ausgearbeitet.

zu Top 4:

Die Stromverteilung für die anliegenden Immobilien ändert sich nicht. Eine potenzielle Änderung der Immobilienwerte ist nicht bekannt.

Beschluss:

Die Bedenken und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Für den Planentwurf ergibt sich kein Änderungsbedarf.

B) Behörden und Träger öffentlicher Belange (TöB), Sonstige Belange

Folgende TöB haben sich nicht geäußert:

1. Immobilien Freistaat Bayern
2. Amt für ländliche Entwicklung
3. Autobahndirektion Südbayern
4. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
5. Bayerisches Landesamt für Umwelt
6. Dehoga – Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband
7. Bayerische Oberlandbahn GmbH
8. Deutsche Bahn AG
9. Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.
10. LbV-Landesbund für Vogel und Naturschutz in Bayern e.V.
11. Bayerischer Jugendring – Körperschaft des öffentlichen Rechts
12. Landesjagdverband Bayern e.V.
13. Bayerischer Bauernverband Holzkirchen / Miesbach
14. Landesfischereiverband Bayern e.V.
15. Bayrisches Landesamt für Denkmalpflege
16. Bayernwerk AG Kolbermoor
17. Bund Naturschutz in Bayern e.V. – Kreisgruppe Miesbach
18. Deutscher Alpenverein München
19. ESB Energienetze Südbayern GmbH
20. Gemeinde Waakirchen
21. Gemeinde Weyarn

22. Handwerkskammer für München und Oberbayern
23. Kath. Kirchenstiftung St. Johann
24. Kreishandwerkerschaft Miesbach Bad Tölz – Wolfratshausen
25. Landratsamt Miesbach, SG Bauleitplanung
26. Landratsamt Miesbach, SG Brandschutz
27. Landratsamt Miesbach, SG Wasserrecht
28. Markt Holzkirchen
29. Bund Naturschutz in Bayern e.V.
30. Polizei Miesbach
31. Regierung von Oberbayern, Brand- und Katastrophenschutz
32. Regierung von Oberbayern, SG Planen und Bauen
33. RVO Oberbayern / Miesbach
34. RVO Oberbayern / München
35. Stadt Miesbach
36. SWM Services GmbH
37. Telefonica Germany GmbH
38. Deutsche Telekom GmbH
39. Regierung von Oberbayern, Gewerbeaufsichtsamt
40. Regierung von Oberbayern, Luftfahrtamt
41. Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
42. Feuerwehr Warngau
43. Feuerwehr Wall
44. Wasserbeschaffungsverband Bernloh-Einhaus
45. Wasserbeschaffungsverband Oberwarngau
46. Wasserbeschaffungsverband Wall
47. Wasserbeschaffungsverband Hinterberg
48. Wasserbeschaffungsverband Osterwarngau
49. Behindertenbeauftragter Landkreis Miesbach
50. Gemeindewerke Holzkirchen
51. Kläranlage Holzkirchen

Folgende TöB haben **keine** Einwände:

52. Energienetze Bayern GmbH
53. Erzdiözese München und Freising
54. LbV Miesbach
55. Bayernets GmbH
56. Gemeinde Gmund
57. Gemeinde Valley
58. Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern
59. Landratsamt Miesbach, SG Immissionsschutz
60. Polizei Holzkirchen
61. Regierung von Oberbayern, Bergamt
62. Wasserwirtschaftsamt Rosenheim
63. VIVO Warngau
64. Vodafone Mobilfunk
65. Landratsamt Miesbach, SG Kreisstraßen

Folgende TöB haben Anregungen vorgebracht:

66. Regierung v. Oberbayern, Höhere Landesplanungsbehörde (Schreiben vom 19.03.2025)

die Regierung von Oberbayern als höhere Landesplanungsbehörde gibt folgende Stellungnahme ab:

Planung

Die Gemeinde Wargau plant nordöstlich von Einhaus auf dem Grundstück Fl.Nr. 891, Gmkg. Wall die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage zu schaffen. Beim Bau der Photovoltaikanlage soll eine landwirtschaftliche Nutzung der Wiesenflächen unter und zwischen den Modulreihen berücksichtigt werden. Eine Beweidung durch Nutztiere soll ermöglicht werden, alternativ ist die Entwicklung von extensivem Grünland geplant. Der Planungsbereich ist laut Planungsunterlagen ca. 3,27 ha groß und im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Er soll im Zuge der vorliegenden Flächennutzungsplanänderung als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Freiflächenphotovoltaikanlage“ dargestellt werden. Nördlich und östlich des geplanten Standorts befindet sich ein Waldgebiet, südlich und westlich grenzen landwirtschaftlich genutzte Flächen an.

Berührte BelangeEnergieversorgung

Gem. Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) 6.2.1 Z sind erneuerbare Energien dezentral in allen Teilräumen verstärkt zu erschließen und zu nutzen (vgl. Regionalplan Oberland (RP 17) B X 3.4 Z). Die verstärkte Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien trägt den Anforderungen des Klimaschutzes Rechnung (vgl. LEP 1.3.1 G). Demnach entspricht die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage grundsätzlich den Zielen des LEP und des RP 17 und damit den raumordnerischen Erfordernissen einer nachhaltigen Energieversorgung.

Freiflächenphotovoltaikanlagen sollen gemäß LEP 6.2.3 G vorzugsweise auf vorbelasteten Standorten realisiert werden, da diese das Landschafts- und Siedlungsbild beeinträchtigen können. Laut Begründung des LEP zählen zu den vorbelasteten Standorten i.S. einer Beeinträchtigung des Landschafts- und Siedlungsbildes zum Beispiel Standorte entlang von Infrastruktureinrichtungen (Verkehrswege, Energieleitungen etc.) oder Konversionsstandorte. An geeigneten Standorten soll auf eine Vereinbarkeit der Erzeugung von Solarstrom mit anderen Nutzungen dieser Fläche, insb. der landwirtschaftlichen Produktion (...) hingewirkt werden. Im notwendigen Maße soll auf die Nutzung von Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten hingewirkt werden.

Beim geplanten Standort handelt es sich um eine landwirtschaftlich genutzte Fläche in einem landwirtschaftlich benachteiligten Gebiet ohne Vorbelastung im landesplanerischen Sinn. Daher ist der raumordnerische Grundsatz LEP 6.2.3 hinsichtlich der Beeinträchtigung des Landschafts- und Siedlungsbildes von der Gemeinde in der Gesamtabwägung besonders zu berücksichtigen. Die beabsichtigte Nutzung der Fläche als Weidefläche ist im Sinne des LEP Grundsatzes 6.2.3 zu begrüßen.

Natur und Landschaft

Bei der Realisierung einer Freiflächenphotovoltaikanlage ist grundsätzlich auf eine die Umgebung schonende Einbindung in das Orts- und Landschaftsbild zu achten (vgl. LEP 7.1.1 G). Die geplante Freiflächenphotovoltaikanlage besitzt auf Grund der im nördlichen und östlichen Umfeld umgebenden Waldbestände sowie der Topographie wenig Fernwirkung. Im Westen und Süden ist die Anpflanzung einer Hecke zur Eingrünung geplant. Den Belangen von Natur und Landschaft ist diesbezüglich in enger Abstimmung mit der unteren Bauaufsichts- und unteren Naturschutzbehörde Rechnung zu tragen.

Ergebnis

Bei Berücksichtigung der genannten Punkte steht die o.g. Bauleitplanung den Erfordernissen der Raumordnung grundsätzlich nicht entgegen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Vorranggebiete oder vorbelastete Standorte, wie Konversionsflächen, Siedlungsbrachen, Flächen entlang größerer Verkehrswege oder im räumlichen Zusammenhang mit großflächigen Gewerbe- und Industriegebieten sind in der Gemeinde nicht vorhanden.

Die vorliegende Planung zielt auf eine Vereinbarkeit der Erzeugung von Solarstrom mit anderen Nutzungen, hier landwirtschaftliche Produktion, ab. Mit der Photovoltaiknutzung wird die Fläche zwar zumindest vorübergehend der landwirtschaftlichen intensiven Nutzung entzogen, eine Mehrfachnutzung, zum Beispiel durch Beweidung, bleibt auf der

Fläche jedoch ohne weiteres möglich. Außerdem ist die Fläche nach Beendigung der Photovoltaiknutzung wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Ein großer Teil des Gemeindegebiets liegt in einem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet und ist als Restriktionsfläche nur bedingt für die Anlagenerrichtung geeignet. Ähnlich verhält es sich mit gesetzlich geschützte Biotopflächen und einsehbare, landschaftsprägende Bereiche, wie Geländerücken und Hanglagen, die als generelle Ausschlussflächen bewertet werden. Vor diesem Hintergrund sind Standorte, die sich entsprechend des Hinweises des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bauen und Verkehr (12.03.2024) für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage eignen, im Gemeindegebiet von Natur aus stark begrenzt.

Am gewählten Standort schränken die Topografie und der umgebende Waldbestand die Einsehbarkeit weit ein, die Fernwirkung ist begrenzt.

Die Eignung des gewählten Standorts wird durch das „Standortkonzept Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ des Landkreises Miesbach (2023, LRA Miesbach – Abt. Umwelt / Mobilität / Natur- u. Klimaschutz) bestätigt.

Die Sicherstellung einer unabhängigen, klima- und umweltverträglichen Energieversorgung ist eines der übergeordneten Ziele auf kommunaler Ebene. Die Errichtung eines Solarparks gilt als Baustein, der dieses Ziel unterstützt. Daher besteht ein hohes kommunales Interesse an vorliegender Planung.

Beschluss:

Die Hinweise und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Die untere Bauaufsichtsbehörde und die untere Naturschutzbehörde wurden im Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beteiligt, auf die entsprechenden Abwägungen zu vorgebrachten Bedenken und Anregungen wird verwiesen. Für den Planentwurf ergibt sich kein Änderungsbedarf.

67. Planungsverband Region Oberland (Schreiben vom 19.03.2025)

**Gemeinde Warngau, Landkreis Miesbach;
21. Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan Nr. 36 "Solarpark Warngau";
Verfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Vorschlag unserer Regionsbeauftragten schließen wir uns der Stellungnahme der höheren Landesplanungsbehörde vom 19.03.2025 an.

Stellungnahme der Verwaltung:

keine

Beschluss:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die vorliegende Planung, in Anlehnung an die Stellungnahme der Regierung von Oberbayern, den Erfordernissen der Raumordnung grundsätzlich nicht entgegensteht. Auf den Sachverhalt und die Beschlusslage zur Stellungnahme der Regierung von Oberbayern wird verwiesen. Für den Planentwurf ergibt sich kein Änderungsbedarf.

68. ADBV Miesbach (Schreiben vom 24.03.2025)

2.5	<p>☒ Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Das Flurstück 891 liegt in einer alten Flurbereinigung, die oft Differenzen zwischen der Lage der Grenzsteine vor Ort und den amtlichen Koordinaten aufweist. Gerade im Hinblick auf die alten Grenzen im Norden, die bereits vor der Flurbereinigung existierten (Flurbereinigungsrand).</p> <p>Es ist in den nächsten Monaten eine Behebung der Differenzen geplant (in der gesamten FLB). Falls eine Bebauung erfolgt, die näher als 50cm an die Grenze heranreicht, bitte ich um Abstimmung mit dem ADBV, bzw. Herrn Ebi.</p> <p>Gerade im Hinblick darauf, dass sich bei einer Nachberechnung die amtlichen Koordinaten der Grenzpunkte ändern können.</p>
-----	--

Stellungnahme der Verwaltung:

Durch das vorliegende Konzept wird die Errichtung von baulichen Anlagen näher als 50 cm an bestehenden Grundstücksgrenzen nicht begründet.

Der Bauwerber ist über die vorgebrachten Hinweise und Empfehlungen zu informieren.

Beschluss:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Für das Planungskonzept ergibt sich kein Handlungsbedarf.

69. Eisenbahn-Bundesamt (Schreiben v. 02.04.2025)

Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.

Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 36 „Solarpark Wangau“ und der 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Wangau nicht berührt. Insofern bestehen keine Bedenken.

Bitte beachten Sie, dass das Eisenbahn-Bundesamt nicht die Vereinbarkeit aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen und der Bahnstromfernleitungen prüft. Die Betreiber dieser Anlagen sind möglicherweise betroffen. Ich empfehle daher, die DB InfraGO AG, DB Immobilien, Kompetenzteam Baurecht, Region Süd, Barthstraße 12, 80339 München (ktb.muenchen@deutschebahn.com) am Verfahren zu beteiligen, sofern nicht bereits geschehen. Diese Stelle übernimmt die Koordination der jeweils betroffenen Unternehmensbereiche und die Abgabe einer gesamten Stellungnahme für den Konzern der Deutschen Bahn bei Bauleitplanungen und Bauvorhaben Dritter.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die DB InfraGO, DB Immobilien, Kompetenzteam Baurecht, Region Süd wurde als sonstiger Träger öffentlicher Belange im Verfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt. Die Fachstelle hat sich nicht geäußert.

Beschluss:

Die vorgebrachten Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Für das Planungskonzept ergibt sich kein Handlungsbedarf.

70. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen (Schreiben vom 07.04.2025)

zum o. g. Verfahren in der Bauleitplanung nimmt das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen wie folgt Stellung:

Bereich Landwirtschaft:

Bei den Planungen sind landwirtschaftliche Belange in besonderem Maße betroffen.

Entsprechend den Hinweisen des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr in Abstimmung mit den Bayerischen Staatsministerien für Wissenschaft und Kunst, für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, für Umwelt und Verbraucherschutz sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Bau und landesplanerischer Behandlung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind manche Standorte eine Errichtung von PV-Freiflächenanlagen aus rechtlichen und/oder fachlichen Gründen grundsätzlich ungeeignet (Ausschlussflächen). In diesen Bereichen sind insbesondere schwerwiegende und langfristig wirksame Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu erwarten. Daraus folgt, dass der Errichtung von PV-Freiflächenanlagen naturschutzrechtliche Bestimmungen, gewichtige naturschutzfachliche Erwägungen oder anderweitige öffentliche Belange grundsätzlich entgegenstehen.

Als Ausschlussflächen werden unter anderem genannt:

- **Landwirtschaftlicher Boden überdurchschnittlicher Bonität**

Bei der Planung ist dies für den überplanten Bereich südlich des Feldweges gegeben.

Daher erheben wir hiermit Einwände gegen die Planungen und halten fest, dass den Planungen landwirtschaftliche Belange als öffentliche Belange grundsätzlich entgegenstehen.

Die nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln stellt als „unverzichtbare Lebensgrundlage“ (LEP Bayern 2021 7.1.1) und der damit verbundenen „besonderen Bedeutung die Böden der Region Oberland in Ihrer natürlichen Funktion als Lebensgrundlage für Menschen [...] zu erhalten und zu pflegen“ (Regionalplan Oberland 2020, Teil B I 2.1.1) einen zu berücksichtigenden öffentlichen Belang dar.

Insbesondere aufgrund der Erfahrungen der letzten Zeit (Abhängigkeiten von einzelnen Exportländern, Lieferengpässe, Bedeutung fruchtbarer Standorte mit hoher Wasserspeicherfähigkeit für Ertragssicherheit) kommt diesem Belang besondere Bedeutung zu.

Als Alternative zu der geplanten PV-Freiflächenanlage wäre die Anlage einer Agri-PV-Anlage denkbar. Dieses System ermöglicht es, auf derselben Fläche zugleich Solarstrom zu erzeugen und landwirtschaftliche Produktion zu betreiben. Wir bitten Sie deshalb diese Alternative zu prüfen.

Bereich Forsten:

Es ist eine Freiflächen-Photovoltaikanlage auf der Flurnummer 891 in der Gemeinde Wargau geplant.

Wie bereits in den Planungsunterlagen (Kapitel 5.4.5) beschrieben, wird das Planungsgebiet an zwei Seiten (nördlich und östlich) von Wald im Sinne des Art. 2 Abs. 1 Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) umschlossen.

Daher befinden sich Teile der geplanten Bebauung innerhalb der Baumfallzone und sind somit Risiken durch Baumwurf und Astabbruch ausgesetzt. Zudem weisen wir darauf hin, dass sich durch die Bebauung dauerhaft Bewirtschaftungerschwernisse, u.a. in Form von erhöhten Sicherheitsaufwendungen bei grenznahen Baumfällungen, Baumkontrollen etc. ergeben.

Aufgrund der zukünftigen, waldrandnahen Bebauung empfehlen wir dringend eine Absprache zwischen dem Antragsteller und den Waldbesitzern.

Da laut den Angaben der Antragsteller Schäden an den Modulen vom Anlagenbetreiber durch die Waldnähe in Kauf genommen werden, empfehlen wir, sofern noch nicht geschehen, eine Vereinbarung zum Haftungsausschluss zugunsten der Waldbesitzer abzuschließen.

Stellungnahme der Verwaltung:

zu Landwirtschaft:

Die vorliegende Planung zielt auf eine Vereinbarkeit der Erzeugung von Solarstrom mit anderen Nutzungen, hier landwirtschaftliche Produktion, ab. Das verdeutlicht z.B. die Festsetzung des Mindestabstands zwischen Gelände und Modulunterkante mit 2,10 m. Diese dient einer ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, geplant ist hier eine Beweidung durch Rinder.

Mit der Photovoltaiknutzung wird die Fläche zwar zumindest vorübergehend der landwirtschaftlichen intensiven Nutzung entzogen, eine Mehrfachnutzung, zum Beispiel durch Beweidung, bleibt auf der Fläche jedoch ohne weiteres möglich. Außerdem ist die Fläche nach Beendigung der Photovoltaiknutzung wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Am Planungskonzept wird festgehalten, zur Klarstellung der Zielsetzungen der Planung wird empfohlen, das geplante Sondergebiet als „Freiflächen-Agri-PV“ zu benennen.

zu Forsten:

Die Hinweise zu den Risiken im Nahbereich von Wäldern werden zur Kenntnis genommen. Entsprechende Erläuterungen sind, sofern nicht bereits geschehen, in die Begründung bzw. den Umweltbericht aufzunehmen.

Die vorliegende Planung sieht grundsätzlich die Wahrung von Abständen zu angrenzenden Waldflächen vor. Am vorliegenden Planungskonzept wird festgehalten.

- Der Bauwerber ist über die vorgebrachten Bedenken und Anregungen zu informieren. Eine Vereinbarung zum Haftungsausschluss zugunsten der Waldbesitzer wird dringend empfohlen und ist vor dem Satzungsbeschluss vorzulegen.

Beschluss:

Zur Klarstellung der Zielsetzungen der Planung wird das Sondergebiet als „Freiflächen-Agri-PV“ benannt.

Die angesprochenen Risiken und Empfehlungen sind, sofern nicht bereits enthalten, in die Planunterlagen (Begründung bzw. Umweltbericht) aufzunehmen und zu erläutern.

Entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung hat der Bauwerber eine Vereinbarung zum Haftungsausschluss zugunsten der Waldbesitzer vorzulegen (vor Satzungsbeschluss).

71. Staatliches Bauamt Rosenheim (Schreiben vom 09.04.2025)

- 2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Hinweis:

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich das Bauvorhaben im Einwirkungsbereich der Straßenemissionen befindet. Eventuell künftige Forderungen auf die Erstattung von Lärmsanierungsmaßnahmen durch den Straßenbaulastträger können daher gemäß der Verkehrslärmschutzrichtlinien (VLärmSchR 97) durch den Eigentümer nicht geltend gemacht werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die benachbarte Kreisstraße MB10 verläuft in einer Entfernung von mindestens 450 m südöstlich des Planungsgebiets. Durch vorliegende Planung wird keine schutzwürdige Nutzung, wie z.B. Wohnen, begründet.

Beschluss:

Die vorgebrachten Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Für das Planungskonzept ergibt sich kein Handlungsbedarf.

72. Landratsamt Miesbach, SG Naturschutz (Schreiben vom 01.04.2025)

- 2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Mit der Planung besteht Einverständnis.

Die Fläche ist im Standortkonzept des Landkreises Miesbaches hinsichtlich der Flächenpriorisierung für PV-Anlagen enthalten. Dieses Konzept ist mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt.

Die Planung (Umweltbericht samt Ausführungen zum Artenschutz) wurde im Vorfeld mit dem Vorhabenträger samt Planungsbüro einvernehmlich bei einem sehr konstruktiven Termin abgestimmt.

Hinweis:

1. Die Artenliste (siehe Artenauswahl bei 5.2) kann grundsätzlich beibehalten werden. Die Arten Johannisbeere, Wildrose und Brom/Himbeeren können als zusätzliche Ergänzung gepflanzt werden, sind aber aufgrund ihrer niedrigen Höhe nicht als Eingrünung wirksam, sodass hierfür die anderen erwähnten Sträucher zu pflanzen sind. Es wird gebeten, dass für diese Arten die Bezeichnung Kleinstrauch ergänzt wird, da im nächsten Absatz darauf Bezug genommen wird. Aufgrund unserer kalkreichen Böden ist außerdem der Traubenholunder durch den Schwarzen Holunder zu ersetzen.
2. Die naturschutzrechtliche Erlaubnis nach § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1, 2, 3, 5, 6 der LSG-VO „Egartenlandschaft um Miesbach“ kann in Aussicht gestellt werden. Im Fall einer baurechtlichen Verfahrensfreiheit der Solarenergieanlage nach Art. 57 Abs. 2 BayBO ist die naturschutzrechtliche Erlaubnis vom Vorhabenträger gesondert bei der unteren Naturschutzbehörde (umwelt@lra-mb.bayern.de) zu beantragen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit der vorliegenden Planung Einverständnis besteht und eine naturschutzrechtliche Erlaubnis nach § 5 der LSG-VO „Egartenlandschaft um Miesbach“ in Aussicht gestellt wird.

Über die Hinweise bzgl. einer gesonderten Beantragung der naturschutzrechtlichen Erlaubnis im Fall einer baurechtlichen Verfahrensfreiheit nach Art. 57 Abs. 2 BayBO ist der Bauwerber zu informieren.

Die Artenliste im Anhang der Begründung ist entsprechend vorgebrachten Empfehlungen zu überarbeiten.

Beschluss:

Entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung ist die Artenliste im Anhang der Begründung zu überarbeiten. Im Übrigen bleibt der Planentwurf unverändert, die Äußerung wird dahingehend zur Kenntnis genommen.

C) Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Beschluss:

Der Gemeinderat billigt die Planentwürfe zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 36 „Solarpark Warngau“ sowie die 21. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren des Planungsbüros PLG Strasser GmbH, Rosenheim, in der Fassung vom Januar 2025 einschließlich der heute beschlossenen redaktionellen Änderungen.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Einarbeitung der beschlossenen Änderungen und Anpassungen, das Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend:	14	
Ja-Stimmen:	13	
Nein-Stimmen:	1	GRM Bader
Persönlich beteiligt:		

**Top 6 23. Änderung des Flächennutzungsplans Warngau im Bereich „Am Bergfeld“, Fl.Nr. 177 Tfl. Gmkg. Warngau; Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB – Feststellungsbeschluss
Vorlage: 2025/0451**

Sachverhalt:

Auf den Billigungsbeschluss des Gemeinderates vom 11.03.2025 (TOP 3) wird verwiesen.

Die Öffentlichkeit wurde mit Bekanntmachung vom 03.04.2025 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Planunterlagen sowie die Abgabe von Stellungnahmen in der Zeit vom 04.04.2025 bis einschließlich 08.05.2025 informiert.

Die Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 04.04.2025 bis einschließlich 08.05.2025 beteiligt.

1. Abwägung

A) Internetveröffentlichung und öffentliche Auslegung

In der Öffentlichkeit fand das Verfahren kein Interesse. Stellungnahmen über die im Rahmen der Abwägung zu beraten und zu entscheiden wäre, sind nicht eingegangen.

B) Behörden und Träger öffentlicher Belange (TöB), Sonstige Belange

Folgende TöB haben sich nicht geäußert:

1. Immobilien Freistaat Bayern
2. Amt für ländliche Entwicklung
3. Autobahndirektion Südbayern
4. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
5. Bayerisches Landesamt für Umwelt
6. Dehoga – Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband
7. Deutsche Bahn AG
8. Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.
9. LbV-Landesbund für Vogel und Naturschutz in Bayern e.V.
10. Bayerischer Jugendring – Körperschaft des öffentlichen Rechts
11. Landesjagdverband Bayern e.V.
12. Bayerischer Bauernverband Holzkirchen / Miesbach
13. Landesfischereiverband Bayern e.V.
14. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
15. Bayernwerk AG Kolbermoor
16. Bund Naturschutz in Bayern e.V. – Kreisgruppe Miesbach
17. Deutscher Alpenverein München
18. ESB Energienetze Südbayern GmbH
19. Gemeinde Valley

20. Gemeinde Weyarn
21. Kath. Kirchenstiftung St. Johann
22. Kreishandwerkerschaft Miesbach Bad Tölz – Wolfratshausen
23. Landratsamt Miesbach, SG Brandschutz
24. Landratsamt Miesbach, SG Wasserrecht
25. Markt Holzkirchen
26. Bund Naturschutz in Bayern e.V.
27. Polizei Holzkirchen
28. Polizei Miesbach
29. Regierung von Oberbayern, Brand- und Katastrophenschutz
30. Regierung von Oberbayern, SG Planen und Bauen
31. RVO Oberbayern / Miesbach
32. RVO Oberbayern / München
33. Stadt Miesbach
34. SWM Services GmbH
35. Telefonica Germany GmbH
36. Deutsche Telekom GmbH
37. Vermessungsamt Miesbach
38. Wasserwirtschaftsamt Rosenheim
39. Regierung von Oberbayern, Gewerbeaufsichtsamt
40. Regierung von Oberbayern, Luftfahrtamt
41. Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
42. Vodafone Mobilfunk
43. Feuerwehr Warngau
44. Feuerwehr Wall
45. Wasserbeschaffungsverband Bernloh-Einhaus
46. Wasserbeschaffungsverband Wall
47. Wasserbeschaffungsverband Hinterberg
48. Behindertenbeauftragter Landkreis Miesbach
49. Gemeindewerke Holzkirchen
50. Kläranlage Holzkirchen

Folgende TöB haben **keine** Einwände:

51. Bayerische Oberlandbahn GmbH
52. Eisenbahnbundesamt
53. Erzdiözese München und Freising
54. LbV Miesbach
55. Bayernets GmbH
56. Gemeinde Gmund
57. Gemeinde Waakirchen
58. Handwerkskammer für München und Oberbayern
59. Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern
60. Landratsamt Miesbach, SG Immissionsschutz
61. Landratsamt Miesbach, SG Bauleitplanung
62. Landratsamt Miesbach, SG Naturschutz
63. Planungsverband Region Oberland
64. Regierung von Oberbayern, Höhere Landesplanungsbehörde
65. Regierung von Oberbayern, Bergamt

- 66. Staatliches Bauamt Rosenheim
- 67. Wasserbeschaffungsverband Oberwarngau
- 68. Wasserbeschaffungsverband Osterwarngau
- 69. Landratsamt Miesbach, SG Kreisstraßen

Folgende TöB haben Anregungen vorgebracht:

- 70. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen (Schreiben vom 02.05.2025)

zum o. g. Verfahren in der Bauleitplanung nimmt das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen wie folgt Stellung:

Bereich Landwirtschaft:

Wir verweisen auf die bereits abgegebene Stellungnahme unter AZ AELF-HK-L2.2-4611-37-6-2 vom 30.12.2024. Des Weiteren erheben wir keine Einwände.

Bereich Forsten:

Bei der vorliegenden Planung ist kein Wald nach Art. 2 Abs. 1 Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) betroffen. Forstliche Belange sind nicht berührt.

Gegen das geplante Vorhaben gibt es aus forstrechtlicher Sicht keine Bedenken.

Stellungnahme vom 30.12.2024:

Bereich Landwirtschaft:

Es wird darauf hingewiesen, dass von den landwirtschaftlichen Flächen auch bei ordnungsgerechter Bewirtschaftung von Lärm-, Staub- und Geruchsemissionen auszugehen ist. Unter Umständen können diese auch sonn- und feiertags sowie vor 6:00 Uhr und nach 22:00 Uhr auftreten. Diese sind zu dulden.

Anfahrtswege zu den landwirtschaftlichen Flächen müssen in der Bauphase sowie danach für den landwirtschaftlichen Verkehr ohne Beeinträchtigungen befahrbar sein.

Wir bitten deshalb, entsprechende Hinweise in den textlichen Festsetzungen zu ergänzen, um zukünftige Konflikte zu vermeiden. Bitte senden Sie uns das Protokoll über die Abwägung der landwirtschaftlichen Belange zu.

Bereich Forsten:

Nach den vorliegenden Unterlagen sind keine forstlichen Belange betroffen. Der Bereich Forsten hat somit gegen die 23. Änderung des Flächennutzungsplans Wangau **keine Einwände**.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen verweist lediglich nochmals auf die Stellungnahme vom 30.12.2024. Diese wurde bereits im Abwägungsbeschluss des Gemeinderates vom 11.03.2025 berücksichtigt.

Beschluss:

Die Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Diese sind auf Ebene der Flächennutzungsplanänderung nicht von Belang. Eine Anpassung der Planunterlagen ist nicht erforderlich.

71. VIVO KU (Schreiben vom 06.05.2025)

2.5	☐ Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage <p style="text-align: center;">Das VIVO KU verweist auf seine Stellungnahme vom 20.12.2024</p>
-----	---

Stellungnahme vom 20.12.2024:

☒ Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage <p>Für die Müllabfuhr ändert sich nichts. Derzeit fährt die Müllabfuhr an Leerungstagen die Schule rückwärts an. Es wird angeregt, im weiteren Verfahren wenn möglich einen Wendepplatz einzuplanen.</p>

Stellungnahme der Verwaltung:

Die VIVO KU verweist lediglich nochmals auf die Stellungnahme vom 20.12.2024. Diese wurde bereits im Abwägungsbeschluss des Gemeinderates vom 11.03.2025 berücksichtigt und abgewogen. Hinsichtlich dieser Abwägungsentscheidung hat sich nichts verändert.

Beschluss:

Die vorgebrachten Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Eine Anpassung der Planunterlagen ist nicht erforderlich.

72. Energienetze Bayern GmbH & Co. KG (Schreiben vom 08.05.2025)

gegen die oben genannte Flächennutzungsplanänderung bestehen unsererseits grundsätzlich keine Einwände.

Hinweis: Im Bereich des Flächennutzungsplanes befinden sich Erdgasversorgungsleitungen der Energienetze Bayern GmbH & Co. KG. Diese Versorgungsleitungen dürfen nicht überbaut und mit Bäumen überpflanzt werden.

Auskünfte zur Lage der von uns betriebenen Versorgungsleitungen können online über folgendes Planauskunftsportal eingeholt werden: <https://portal.energienetze-bayern.de/public/login.html>

Stellungnahme der Verwaltung:

keine

Beschluss:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, sie sind auf Ebene des Flächennutzungsplans jedoch nicht von Belang. Für die Flächennutzungsplanänderung ergibt sich kein Handlungsbedarf.

C) Feststellungsbeschluss

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt die 23. Änderung des Flächennutzungsplans des Planungsbüros PLG Strasser GmbH, Rosenheim, in der Fassung vom März 2025 einschließlich Begründung und Umweltbericht fest.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 14
Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0
Persönlich beteiligt:

Top 7 Tempo-30-Zone in der Riedstraße - Antrag zur Bürgerversammlung vom 14.11.2024 - Information

Der Vorsitzende informierte das Gremium, dass an der jetzigen Vorfahrtsregelung festgehalten wird. Nach Rücksprache mit der PI Holzkirchen kann die bestehende Beschilderung aufgrund einer sichtbaren Trennung (durchgezogener Seitenstreifen) bestehen bleiben. Vom Vorsitzenden wurde in Aussicht gestellt, die Fahrgeschwindigkeiten sämtlicher Verkehrsteilnehmer mittels einer Blackbox am Anfang und Ende der Riedstraße aufzuzeichnen, um exakte Daten bzgl. der gefahrenen Geschwindigkeiten zu erhalten.

Top 8 Informationen und Anfragen

Informationen, Anfragen;

Durch den Vorsitzenden:

1. Erteilung einer isolierten Befreiung bzgl. der Errichtung einer Einfriedung im BPlan-Gebiet Nr. 1 „Allerheiligenweg“ bzgl. Sicherung im Falle Hochwasser.
2. Der Gemeinderat hat in einer nichtöffentlichen Sitzung sich für ein Konzept zur weiteren Planung des Feuerwehrhauses entschieden. Dies wird derzeit durch die Bauverwaltung bauleitplanerisch vorbereitet. Im Anschluss wird dies dem Gemeinderat erneut zur Billigung vorgelegt.

Durch das Gremium:

1. GRM Dr. Fromm berichtet dem Gremium, dass die Gemeinde Warngau als bienenfreundliche Gemeinde ausgezeichnet wurde. Von 497 Teilnehmern kam Warngau unter die ersten 6. Die Maßnahmen an den gesamten Ausgleichsflächen wurden im Vergleich zu großen Städten (Dachau) ehrenamtlich ausgeführt.
2. Zweiter Bürgermeister Obermüller sprach ebenfalls den Beteiligten großes Lob aus und bedankte sich nochmals bei Herrn Dr. Fromm für die Pflege der Flächen (Ausgleichsflächen), die für die Bauleitplanung sehr wertvoll sind.
3. GRM Beilhack erkundigte sich nach dem Einwand der gesamten Anwohner bzgl. dem geplanten Pumptrack hinter dem Rathaus. Eine Behandlung muss im Gemeinderat erfolgen, und nicht in der vorberatenden Arbeitsgruppe Radverkehr. Der Vorsitzende sicherte zu, den Antrag samt dem vergangenen Protokoll der Arbeitsgruppe nochmals an das gesamte Gremium zu senden, falls dies noch nicht geschehen. Eine Behandlung soll in der kommenden Sitzung des Gemeinderats erfolgen.
4. GRM Bader bemängelte aufgrund eingeschränkter Sichtverhältnisse das neue Brückengeländer an der Taubenbergstraße gegenüber dem Rathaus.
5. GRM Bader bemängelte, dass der Angerweg im Bereich der Baustelle „Hausernbauer“ des öfteren gesperrt sei. Der Vorsitzende sicherte zu, dem Bauherrn zu informieren und somit Abhilfe zu schaffen.
6. GRM Schwarzer bittet die Verwaltung, alle Schachtdeckeln auf den gemeindlichen Straßen zu überprüfen und, falls nötig, auf Niveau zu setzen.

Mit dem Dank vom Ersten Bürgermeister, Klaus Thurnhuber, wird der öffentliche Teil der Sitzung um 20:45 Uhr geschlossen.

GEMEINDERAT WARNGAU, den 17.07.25

Klaus Thurnhuber
Erster Bürgermeister

Alexander Beer
Schriftführer